



Bundesamt für  
Verfassungsschutz

# Integration als Extremismus- und Terrorismusprävention.

Zur Typologie islamistischer Radikalisierung  
und Rekrutierung



**bfv-themenreihe**

## **Impressum:**

Herausgeber: Bundesamt für Verfassungsschutz  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Merianstraße 100  
50 765 Köln  
E-Mail: [pressereferat@verfassungsschutz.de](mailto:pressereferat@verfassungsschutz.de)  
<http://www.verfassungsschutz.de>

Stand: Januar 2007

Dieser Text wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz herausgegeben. Er darf nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Bundesamtes zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen von Parteien wie auch jede sonstige Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist untersagt. Den Parteien ist es gestattet, die Schrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder weiterzugeben.

Auszugsweise Wiedergabe mit Quellenangabe gestattet.

## **Integration als Extremismus- und Terrorismusprävention. Zur Typologie islamistischer Radikalisierung und Rekrutierung**

Wenn in Deutschland von Zuwanderern und Integrationsproblematik die Rede ist, geht es meist um die über drei Millionen hier lebenden Muslime. Viele davon wohnen und arbeiten in regionalen Ballungszentren oder Großstädten. In Stadtteilen und Quartieren mit hohem Zuwandereranteil ist häufig eine migrantenspezifische Infrastruktur entstanden: Geschäfte, Vereine, Bildungs- bzw. Freizeiteinrichtungen und Moscheen, Gebetshäuser und – räume. Die wohnräumliche und ethnische Konzentration von muslimischen Zuwanderern in mehr oder minder geschlossenen Bezirken kann dann zum sozialpolitischen Problem werden, wenn sie sich zur ethnisch-religiösen Abschottung (Segregation) verdichtet und Spannungen und Auseinandersetzungen im Quartier oder in der Kommune erzeugt. Die Medien berichten seit geraumer Zeit regelmäßig von sozialen und ethnischen Konflikten in solchen „sozialen Brennpunkten“. Diese Entwicklungen stehen im Zentrum der derzeitigen Integrationsdebatte.

Dabei geht es immer wieder um die prekäre Lebenssituation und die aggressive oder gewaltbereite Haltung von Jugendlichen „mit Migrationshintergrund“. Immer häufiger ist in der Öffentlichkeit die Rede von abgeschotteten islamischen Parallelgesellschaften, in denen der Kontakt der Quartierbewohner zur deutschen Mehrheitsgesellschaft weitgehend abgebrochen ist. Die Folge kann eine generationenübergreifende soziale und wirtschaftliche Isolation von Zuwanderern sein, mit allen negativen Konsequenzen für die Betroffenen, aber auch für die deutsche Aufnahmegesellschaft.

So problematisch diese Entwicklungen auch sind, sie eröffnen per se zunächst noch kein Handlungsfeld für den Verfassungsschutz. Die Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern beobachten nicht muslimische Milieus als solche, sie befassen sich nicht mit Muslimen oder dem Islam, sondern mit Islamismus als Form des politischen Extremismus und mit islamistischem Terrorismus. Ansatzpunkte sind ausschließlich islamistische Bestrebungen bzw. die Aktivitäten islamistischer Organisationen. Nur etwa 1% (ca. 32.000) der in Deutschland lebenden Muslime haben sich islamistischen Organisationen angeschlossen. Es muss immer wieder betont werden, dass der weitaus größte Teil der Muslime in Deutschland seinen Glauben im Rahmen unserer Rechtsordnung praktiziert.

## **Integrationsdefizite und islamistische Milieus = Faktoren in islamistischen Radikalisierungs- prozessen**

Die dargestellte Problematik berührt allerdings dann den Verfassungsschutz in erheblichem Maß, wenn die Ursachenforschung für extremistische und terroristische Bestrebungen – übrigens im gesamteuropäischen Rahmen – deutlich auf die Bedeutung sozialer Faktoren hinweist. Alle bislang vorliegenden Erkenntnisse und Untersuchungsergebnisse zeigen, dass Integrationsdefizite zu den maßgeblichen Motivationsfaktoren im islamistischen Radikalisierungs- und Rekrutierungsprozess zählen, d.h. relevant für den Weg in den politischen Extremismus oder gar Terrorismus werden. In der Tat kann es nämlich in abgeschotteten Zuwandererquartieren auch zur Entwicklung von Gegenkulturen zum Leitbild einer offenen Gesellschaft kommen.

Unter diesen Bedingungen können sich Aktionsräume für islamistische Organisationen eröffnen, dort können unter ihrem Einfluss radikalisierungsfördernde islamistische Milieus entstehen. Radikalisierungs- und Rekrutierungsprozesse sind „verortet“, d.h. sie finden – in der Regel an wechselnden – Schauplätzen auch in Deutschland statt. Unter den mehr als 2.000 Moscheen, „Islamischen Zentren“ und Gebetsräumen hier zu Lande gibt es auch solche, die von Islamisten besucht werden, islamistischen Gruppierungen zuzurechnen sind und/oder von diesen ideologisch beeinflusst werden. Andere Radikalisierungsschauplätze können Haftanstalten und Asylbewerberheime, aber auch Universitäten sein.

Den Sicherheitsbehörden ist bewusst, dass unter jungen muslimischen Zuwanderern der zweiten und dritten Generation Demütigungsgefühle, gesellschaftliche Diskriminierungserfahrungen, schulische und berufliche Misserfolgserlebnisse etc. verbreitet sind. Frust, Wut, gar Hass auf die deutsche Gesellschaft sind zwar keine Einbahnstraße in die islamistische Radikalisierung. Diese individuelle Motivlage bietet jedoch Ansatzpunkte für eine extremistische Politisierung. Islamistische Propaganda kann daran anknüpfen, indem islamistische Akteure und Organisationen diese Einstellungen für ihre Zwecke instrumentalisieren. Deren Botschaft ist einfach und klar, das Propagandaspektrum ist enorm. Das Gedankengut wird über vielfältige Kanäle verbreitet: über Erziehungs- und Bildungsangebote islamistischer Organisationen, schriftliches und audiovisuelles Material, auch nach Europa ausgestrahlte TV-Programme vor allem arabischer Fernsehsender und über medial transportierte Predigten radikaler Imame.

Eine zunehmend größere Rolle spielt das Internet. Über das kaum kontrollierbare Netz gelangt die simpel und oft „konsumentenfreundlich“ jugendgerecht aufbereitete Hassideologie in die Köpfe junger Menschen: Antisemitismus, Hass auf den Staat Israel, die USA und „derWesten“; Verschwörungstheorien kursieren seit den Anschlägen vom 11.9.2001 in den USA in erschreckendem Ausmaß. Vermittelt wird ein hausgemachter Jihadismus, für den per Gewaltvideos geworben wird.

## **Islamistische Radikalisierung = Abkehr von der Aufnahmegesellschaft und Integration in subkulturelle Gruppen**

Seit einer Reihe von Jahren befassen sich die Verfassungsschutzbehörden mit islamistischen Radikalisierungs- und Rekrutierungsprozessen in Deutschland. Auch von den Sicherheitsbehörden werden Antworten auf die Fragen erwartet, warum Menschen für islamistische Indoktrination anfällig werden, welche Akteure und Faktoren diese befördern, wie und wo der Wechsel in extremistische oder terroristische Milieus verläuft, welche Entwicklungsstadien erkennbar sind, und nicht zuletzt, welche Rolle Integrationsdefizite hierbei spielen. Die Analysen der Verfassungsschutzbehörden zeigen kein eindeutiges Profil „des“ Islamisten oder „des“ islamistischen Terroristen, gleichwohl lassen die vorliegenden Erkenntnisse auf eine Typologie der Radikalisierungs- und Rekrutierungsverläufe schließen.

Die Verfassungsschutzbehörden verstehen unter islamistischer Radikalisierung den komplexen Prozess einer in der Regel von islamistischen Akteuren (Personen oder Organisationen) geleiteten Sozialisation. Diese Entwicklung hat eine soziale und eine ideologische Komponente: Unter dem Einfluss islamistischer Ideologie findet eine Integration – unterschiedlicher Ausprägung – in subkulturelle Gruppen statt. Grundlage dieses Prozesses ist die Ablehnung der deutschen Mehrheitsgesellschaft und ihrer Werte und Normen, eine der Kernbotschaften islamistischer Ideologie. Unter dem Einfluss islamistischer Akteure kann sich die individuelle negative Haltung zur deutschen Gesellschaft im Zuge eines Politisierungsprozesses zu einer ideologisch begründeten Ablehnung der Institutionen des demokratischen Staats- und Gesellschaftssystems verfestigen und zur Bereitschaft führen, sich extremistischen Organisationen anzuschließen und deren Ziele zu unterstützen. Endet der Radikalisierungsprozess auf dieser Stufe, kann von einer Integration in den legalistischen / politischen Islamismus gesprochen werden.

Legalistisch (d.h. vorgeblich legal) agierende islamistische Organisationen rekrutieren nicht für den gewaltsamen „Heiligen Krieg“ (Jihad). Sie könnten vielmehr sogar für sich beanspruchen, junge Muslime durch ein alternatives Identifikationsangebot gegen jihadistische Indoktrination zu immunisieren. Gleichwohl bleibt kritisch zu fragen, ob ihre stark auf die Bewahrung einer „islamischen Identität“ ausgerichteten Aktivitäten Desintegration vertiefen, zur Entstehung islamistischer Parallelgesellschaften und zur Radikalisierung im Sinne einer Integration in den politischen Extremismus (Islamismus) beitragen.

Eine solche Entwicklung kann nämlich auch zu offener Feindseligkeit gegenüber der Gesellschaft und ihrem Rechtssystem und zur Bereitschaft führen, das abgelehnte System mit gewaltsamen Mitteln zu bekämpfen, sich also aktiv oder unterstützend am gewalttätigen Jihad zu beteiligen. In dieser Phase ist die Rekrutierungsreife für den Jihad erreicht und es werden gewaltbefürwortende Islamismusvarianten relevant. Der Kandidat wird „reif“ für die Werbung durch

islamistische „Talentsucher“, die eine Vertiefung der jihadistischen Ideologisierung verfolgen und die Kontakte zu terroristischen Netzwerken bzw. an die Schauplätze des „Heiligen Krieges“ herstellen und vermitteln.

Islamistische Radikalisierungsverläufe müssen durchaus nicht automatisch in ein Rekrutierungsstadium münden. Das dürfte entscheidend davon abhängen, mit welchen Akteuren bzw. welcher Ideologievariante (gewaltbereit-terroristisch oder legalistisch) zumal junge Muslime und/oder Konvertiten in einem frühen Stadium in Berührung kommen.

### **Rekrutierung für den Jihad = Integration in die „Gemeinschaft der Gleichgesinnten“**

Die terroristische Variante solcher Entwicklungen lässt sich insbesondere am Beispiel des „homegrown“-Terrorismus verdeutlichen. Dieses Phänomen beschäftigt die europäischen Nachrichtendienste verstärkt seit den Anschlägen in Madrid und dem Mord an dem niederländischen Filmemacher Theo van Gogh 2004, den Anschlägen in London 2005 und auch angesichts der im Sommer 2006 in Großbritannien verhinderten Anschläge auf mehrere Verkehrsflugzeuge. „Homegrown“-Terroristen sind radikalisierte Personen, die in Europa geboren und/oder aufgewachsen sind, aber aufgrund verschiedener religiöser, kultureller und sozialpsychologischer Faktoren dem hiesigen Wertesystem ablehnend gegenüberstehen. Dazu zählen auch radikalisierte Konvertiten.

„Homegrown“-Terroristen sind von der pan-islamischen „Al-Qaida“-Ideologie inspiriert, jedoch kann ihnen eine Verbindung zu internationalen Terroristengruppen allenfalls indirekt nachgewiesen werden. Besondere persönliche Umstände, z.B. mangelnde Integration, hohe Arbeitslosigkeit und in der Folge auch Perspektivlosigkeit, auch ein als negativ empfundenes Image des Islam in der öffentlichen Meinung, können zu einer Identitätskrise führen, die aus Sicht dieser Personen durch die Zuwendung zu einem „puristischen Islam“ gelöst werden kann. Die islamistische Verzerrung des Islam zeichnet sich durch einfache Erklärungen und Antworten auf komplexe politische Zusammenhänge im Zusammenspiel mit klaren und verständlichen Vorgaben für die individuelle Lebensweise aus. Das Gefühl, einer elitären Glaubensgruppe anzugehören, führt zu einer Steigerung des Selbstbewusstseins. Im Zuge ihrer Radikalisierung durchlaufen die Kandidaten einen psychischen Wandlungsprozess und werden schrittweise in subkulturelle soziale Gruppen - die Netzwerke - integriert, die dem vermeintlich „wahren“ Islam anhängen. Deren angeblich einzig fehlerfreie Islaminterpretation kann Gewalt gegen Andersgläubige rechtfertigen und die angebliche Pflicht zur Teilnahme am gewaltsamen Jihad begründen. Terroristische Netzwerke zeichnen sich durch das Fehlen von formal hierarchischen Strukturen aus. Der Zusammenhalt innerhalb dieser Netzwerke erfolgt über persönliche Beziehungen und über das gemeinsame Ziel, den Jihad zu unterstützen – in welcher Form auch immer.

Junge Muslime oder Konvertiten kommen zumeist über ihr persönliches Umfeld (z.B. Freundschaften oder Cliques, islamistische Akteure in Moscheen oder islamischen Organisationen) und nicht zuletzt durch das Internet mit jihadistischen Auslegungen des Islam in Berührung. Die Integration in die Gemeinschaft der Gleichgesinnten vermittelt emotionale Geborgenheit, einfache Verhaltensstandards, ein in sich geschlossenes Sinn- und Welterklärungssystem sowie klare Handlungsorientierungen. In dieser Logik kann die islamistische Ideologie auch auf Menschen ohne islamischen Hintergrund eine starke Anziehungskraft ausüben.

### **Gelingende Integration = Extremismus- und Terrorismusprävention**

Aus dem Dargestellten ist keine einfache Kausalkette „Integrationsdefizit → Parallelgesellschaft → Islamismus/islamistischer Terrorismus“ abzuleiten. Aber: Parallelgesellschaftliche Strukturen können Ansatzpunkte für die Entstehung islamistischer Milieus sein, Integrationsdefizite müssen zu den Motivationsfaktoren für Radikalisierung gezählt werden.

Auch aus der Perspektive der Verfassungsschutzbehörden ist daher gelingende Integration ein wesentlicher Beitrag zur Extremismus- und Terrorismusprävention. Ebenso sind Maßnahmen zur inneren Sicherheit (nachrichtendienstliche Vorfeldaufklärung, hoher polizeilicher Fahndungsdruck, Verbote islamistischer Organisationen, Ausweisungen von „Hetzpredigern“ usw.) ein Beitrag zur Integration: Zu den Auswirkungen des islamistischen Terrorismus gehören auch die Reaktionen in der Aufnahmegesellschaft. Extremismus und Terrorismus gefährden oder blockieren jedoch die Integrationsbereitschaft der deutschen Gesellschaft; Unsicherheitsgefühle und Ängste in der Bevölkerung reduzieren die Offenheit gegenüber Migranten und fördern eine ressentimentgeladene und substanzlose „Islamfeindschaft“ mit langfristigen Folgen für den sozialen Frieden. Erfolgreiche Maßnahmen der Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden schützen daher auch Interessen, Rechte und Ansehen der in Deutschland lebenden rechtstreuen Muslime, die mit Extremismus und Terrorismus nichts zu tun haben.

Seit 2005 engagieren sich die Sicherheitsbehörden daher auch im Dialog mit muslimischen Verbänden. In einer Reihe von Gesprächen mit dem „Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.“ (ZMD) und der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V.“ (DITIB) wurden vertrauensbildende Maßnahmen vereinbart. Das Konzept enthält konkrete Vorschläge für ein Zusammenwirken auf Bundes-, Landes- und – soweit möglich – auch auf lokaler Ebene. Vereinbart wurde u.a., dass die Imame/Vorbeter und Gemeindevorsitzenden beider Dachverbände aus ihrer religiösen Grundüberzeugung heraus deutlich Stellung beziehen gegen die Anwendung von Gewalt und alle ihre Möglichkeiten nutzen, um gegen extremistisch motivierte Agitatoren und Radikalisierungstendenzen in Moscheen und anderen muslimischen Einrichtungen vorzugehen.

Erfolgreiche Integration ist und bleibt eine langfristige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Entsprechende Maßnahmen können jedoch nur effizient sein, wenn sie „vor Ort“, d.h. in den Kommunen, Stadtteilen und Quartieren ansetzen und die muslimischen Zuwanderer als gleichberechtigte Partner aktivieren – auf der Basis eines gemeinsamen Verständnisses von Integration, für das die Anerkennung der Grundwerte unserer Verfassung und der darauf beruhenden Rechtsordnung unverzichtbar ist.